

**Stadtrat**

Vorlage an den Grossen Gemeinderat

vom 2. Juli 2002

Nr. 2196

---

Interpellation

**Interpellation Josef S. Ebnetter: Verunsicherung der Bevölkerung durch Personen schwarzer Herkunft in der Stadt; schriftlich**

Josef S. Ebnetter und 19 Mitunterzeichnende reichten am 23. April 2002 eine Interpellation betreffend „Verunsicherung der Bevölkerung durch Personen schwarzer Herkunft in der Stadt“ ein (vgl. Beilage).

Der Stadtrat beantwortet die Interpellation wie folgt:

Der Interpellant spricht die Anwesenheit von solchen schwarzafrikanischen Personen verschiedener Nationalitäten in der Stadt St.Gallen an, die dem Drogenhandel zuzuordnen sind. Der Titel der Interpellation ist insofern missverständlich, als nicht die Herkunft dieser Menschen schwarz ist, sondern deren Hautfarbe. Unter „Schwarzafrika“ wird der afrikanische Kontinent südlich der Sahara verstanden. Dieses Gebiet ist um ein Vielfaches grösser als Westeuropa und umfasst über vierzig Länder mit etwa 600 Millionen Einwohnerinnen und Einwohnern. Die Zahl von Menschen aus Westafrika, die in der Schweiz um Asyl nachsuchen, hat in den letzten Monaten stark zugenommen. Dies ist auch im Kanton und in der Stadt St.Gallen feststellbar. Daneben gibt es aber auch Menschen mit dunkler Hautfarbe, die nicht zu dieser Gruppe gehören, unter ihnen solche, die seit langem in der Stadt St.Gallen wohnen, hier integriert und beheimatet sind.

Nicht wenige dieser Asyl Suchenden, die fast ausnahmslos in Durchgangszentren der ganzen Schweiz untergebracht sind, betätigen sich als Dealer. Dabei wickeln sie den Drogenhandel nicht am Ort des „eigenen“ Durchgangszentrums ab, sondern dealen ausserhalb, meist in Städten. Davon sind im Kanton St.Gallen überwiegend die Stadt St.Gallen und auch Buchs betroffen. Während Asyl suchende Schwarzafrikaner vor allem mit Kokain handeln, sind es Personen aus dem Libanon und Algerien, die den Heroinhandel dominieren.



Viele Bürgerinnen und Bürger fühlen sich durch die Anwesenheit von Schwarzen in der Innenstadt und den Parks, also den einschlägigen Orten des Drogenhandels, verunsichert und z. T. auch bedroht. Der Stadtrat nimmt die Sorgen der Einwohnerinnen und Einwohner sehr ernst. Die Aufrechterhaltung der öffentlichen Sicherheit und Ordnung gehört zu den Kernaufgaben des Gemeinwesens. Obwohl die Sicherheit in der Stadt St.Gallen objektiv nach wie vor als gut beurteilt werden darf, wird das subjektive Sicherheitsgefühl der Bevölkerung durch die Machenschaften der Drogenhändler und die Beschaffungskriminalität durch die Suchtkranken beeinträchtigt. Ein Schwerpunkt in der polizeilichen Arbeit ist es deshalb, die Geschäfte der Drogenhändler, unabhängig von Aufenthaltsstatus, Herkunft oder Hautfarbe, unter Einsatz der zur Verfügung stehenden rechtlichen und personellen Mittel zu bekämpfen. Im Sinne des Viersäulenprinzips begegnet der Stadtrat dem Drogenproblem seit Jahren neben dem Einsatz von repressiven Mitteln mit Überlebenshilfe, Therapie und Prävention. Zu diesem Zweck hat die Stadt zusammen mit dem Kanton die Stiftung Suchthilfe (früher Stiftung Hilfe für Drogenabhängige) gegründet, welche mit ihren Institutionen den Suchtkranken Hilfe im Rahmen der erwähnten Grundsätze anbietet. Drogensucht ist ein komplexes gesellschaftliches Problem. Eine suchtfreie Gesellschaft ohne randständige Süchtige wird es wohl nie geben. Der Strassenhandel ist nur das augenfälligste und von der Bevölkerung leicht wahrnehmbare Element dieses Missstands.

Zu den einzelnen Fragen:

1. Anhand täglicher Lagebeurteilungen werden in der Polizeiarbeit Schwerpunkte gesetzt und die notwendigen Massnahmen eingeleitet. Gemäss den polizeilichen Lageberichten halten sich seit Mitte Dezember des Vorjahres in vermehrtem Ausmass Asyl suchende Personen aus Schwarzafrika in den einschlägigen Gebieten des Drogenhandels von St.Gallen auf. Ein grosser Teil dieser Personen ist dem Kokainhandel zuzuordnen. Die Stadtpolizei hat aufgrund dieser Situation frühzeitig die Kontrolltätigkeit intensiviert. Sie ist seit Monaten an den einschlägigen Orten stark präsent. Personen, bei denen Verdachtsmomente auf Betäubungsmitteldelikte bestehen, werden angehalten und überprüft. Zur Bekämpfung des Drogenhandels verfügt die Stadtpolizei seit der Auflösung der offenen Drogenszene im Jahre 1993 über eine besondere Einsatzgruppe. Pro Tag werden in diesem Bereich durchschnittlich 60 bis 100 Einsatzstunden aufgewendet, um vor allem den Drogenhandel auf der Gasse zu bekämpfen und die Bevölkerung vor den störenden Auswirkungen des Drogenhandels und des –konsums zu schützen.



2. Die Zentrumsfunktion der Stadt St.Gallen gilt auch für den Drogenhandel, der - wie in der ganzen Schweiz - straff organisiert ist. Es ist festzustellen, dass in sämtlichen grösseren Städten unseres Landes die Probleme in diesem Bereich ähnlich sind. Zwischen den Strassenhändlern besteht ein reger Informationsaustausch. Ihr Vertriebssystem basiert auf dem Handel mit Kleinstmengen. Die Dealer nehmen Bestellungen über das Mobiltelefon entgegen und vereinbaren mit den Käufern an immer wieder wechselnden Orten Treffen zur Übergabe der vorgängig versteckten Drogen. Das taktische Verhalten der Drogenhändler durch Arbeitsteilung, dauernde Standortwechsel, Austausch der Mobiltelefone, Schlucken der Ware bei Anzeichen einer Kontrolle durch die Polizei etc. ist sehr variantenreich. Die für die Strafverfolgung notwendige Beweisführung ist schwierig und aufwändig. Asyl Suchende mit einem gültigen Asylaussweis dürfen sich grundsätzlich in der ganzen Schweiz frei bewegen. Personen, gegen die eine Verurteilung oder eine Ein- bzw. Ausgrenzung erreicht wurde, werden sofort durch neue Dealer ersetzt. In diesem Kontext stellt die repressive Komponente der Polizeiarbeit gegen die Drogenhändler lediglich eine notwendige, aber nie endende Symptombekämpfung der gesamten Drogenproblematik dar. Dank dem seit der Schliessung der Drogenszene auf dem Schellenacker im Jahr 1993 anhaltenden Repressionsdruck durch die Stadtpolizei gegen Drogenhändler ist es aber gelungen, die erneute Bildung einer offenen Drogenszene in unserer Stadt zu verhindern.
3. Der Stadtrat sieht sich in seiner Politik bestärkt, die Integrationsbemühungen weiter zu intensivieren. Es wäre falsch und diskriminierend, die hier beheimateten Schwarzen wegen ihrer Hautfarbe mit dem Drogenhandel in Verbindung zu bringen. Die in der Stadt ansässigen Afrikaner teilen die Ängste und Sorgen der übrigen Bevölkerung. Sie distanzieren sich eindeutig von den geschilderten Vorkommnissen und verurteilen diese klar. Die Stadtpolizei pflegt einen guten Kontakt zu hier ansässigen Menschen aus Schwarzafrika und zu den entsprechenden Organisationen.
4. Stadt- und Kantonspolizei sind von Gesetzes wegen mit der Aufrechterhaltung der öffentlichen Ordnung, Ruhe und Sicherheit beauftragt. Dazu gehört auch die Ahndung von Verstössen gegen das eidg. Betäubungsmittelgesetz. Eine besondere Auftragserteilung durch den Stadtrat an die Stadtpolizei aufgrund der aktuellen Situation ist nicht notwendig. Selbstverständlich erfolgte ein entsprechender Schwerpunktauftrag durch den Polizeivorstand. Kantons- und Stadtpolizei arbeiten täglich eng zusammen. Dabei werden gemeinsame Lagebeurteilungen vorgenommen und besondere Einsätze koordiniert. Der Stadtrat besitzt gegenüber der Kantonspolizei keine Weisungsbefugnis. Der Stadtrat hat nach der Auflösung der offenen Drogenszene Schellenacker entschieden, dass in der Stadt St.Gallen die Bildung einer erneuten offenen Drogenszene zu verhindern ist.



5. Die geltende Rechtsordnung ist grundsätzlich ausreichend, um den polizeilichen Auftrag nach Aufrechterhaltung von Sicherheit, Ruhe und Ordnung zu erfüllen. Im Zusammenhang mit dem Drogenhandel durch Asyl Suchende sind in erster Linie das Bundesgesetz über Aufenthalt und Niederlassung der Ausländer (ANAG), das Asylgesetz sowie das Bundesgesetz über die Betäubungsmittel und die psychotropen Stoffe einschlägig. Die Bewegungsfreiheit von Ausländern, die dem Drogenhandel zuzuordnen sind, kann gestützt auf Art. 13e ANAG durch Ein- bzw. Ausgrenzung eingeschränkt werden. Auf Antrag der Stadtpolizei wird die Ausgrenzung von der zuständigen kantonalen Behörde, dem Ausländeramt, verfügt. Im Jahr 2001 hat die Stadtpolizei 127, im laufenden Jahr bis Ende Mai 74 Anträge auf Ausgrenzung gestellt. Bei Verletzung einer solchen Verfügung werden gemäss ANAG Haftstrafen bis zu einem Jahr angedroht. Im vergangenen Jahr hat die Stadtpolizei in rund 74 Fällen Anzeige wegen Missachtung ergangener Ausgrenzungsverfügungen erstattet. Gemäss Angaben des Untersuchungsamtes St.Gallen führten diese Anzeigen im Jahr 2001 zu 40 und im ersten Quartal 2002 zu acht Entscheiden (inkl. Nichteintretensverfügungen, Einstellungen, Abtretungen und Aufhebungen) des Untersuchungsamtes und der Jugendanwaltschaft. Dort, wo Verurteilungen seitens des Untersuchungsamtes erfolgten, hielten sich die Gefängnisstrafen im Bereich von zwischen drei Wochen und drei Monaten. Verbesserungsbedarf besteht vor allem beim Vollzug der Asylgesetzgebung. Wie dem Amtsblatt und der Medienmitteilung des Justiz- und Polizeidepartementes vom 25.4.02 zu entnehmen war, konnten im Rahmen der ab November 2001 durchgeführten „Aktion Rückkehr“ von 38 in erheblichem Ausmass straffällig gewordenen Asylbewerbern lediglich zwei Personen schliesslich in ihr Heimatland ausgeschafft werden. Im Drogenhandel betätigt sich dadurch eine zunehmende Zahl nicht ausschaffungsfähiger Personen, deren Asylgesuch abgelehnt wurde. Die Konferenz der Ostschweizerischen Justiz- und Polizeidirektorinnen und -direktoren hat den Bund um Abschluss von Rückübernahmeabkommen sowie um die Verkürzung des Asylverfahrens ersucht. Ebenfalls zu diskutieren ist der in diesem Zusammenhang gemachte Vorschlag, staatliche Leistungen an Asyl Suchende, die straffällig werden, bei denen der begründete Verdacht auf Zuwiderhandlung gegen das Betäubungsmittelgesetz besteht oder die ihre Identität verheimlichen, zu kürzen. Im Asylbereich sind die Probleme nur durch das Zusammenwirken von Bund, Kantonen und Gemeinden zu lösen. Die polizeilichen Befugnisse werden im kantonalen Polizeigesetz sowie dem Polizeireglement der Stadt geregelt. Das kantonale Polizeigesetz enthält allerdings keine Grundlage, welche unserer Polizei die Handhabe gäbe, Wegweisungen zu verfügen, wenn sich Personenansammlungen beispielsweise von Rauschmittelkonsumenten oder Extremisten bilden, die zu einer Gefährdung von Sicherheit und Ordnung führen. Eine entsprechende Rechtsgrundlage besteht zum Beispiel in den Kantonen Graubünden und Bern. Der Stadtrat setzt sich bei den verantwortlichen Stellen dafür ein, dass die Bewegungsfreiheit von Asyl Suchenden,



welche sich in der Drogenszene aufhalten, stärker eingeschränkt wird. Der Personalbestand der Stadtpolizei reicht für den normalen Alltagsdienst aus. Dauernde Sondereinsätze, wie sie die Drogensituation in der Stadt seit Jahren erfordert, können nur durch Reduktion bei anderen polizeilichen Aufgaben (beispielsweise Verkehrskontrollen, präventive Patrouillentätigkeit, Arbeit in Quartieren) und durch Leistung von Überzeit bewältigt werden. Gemäss den Legislaturzielen 2001 – 2004 des Stadtrates soll eine personelle Verstärkung der Sicherheitspolizei erfolgen, soweit der erhöhte Personalbedarf bei der Sicherheitspolizei nicht aus anderen Kommissariaten des Polizeikorps gedeckt werden kann.

6. Vgl. hierzu die Antwort zu Frage 5.
7. Die bisherigen repressiven Massnahmen gegenüber Personen, bei denen der Verdacht auf Drogenhandel besteht, werden weitergeführt: Starke Präsenz in den einschlägigen Gebieten, intensive Überwachungs- und Kontrolltätigkeit sowie Anträge auf Ausgrenzungen sowie die Einleitung von Strafverfahren. Diese Massnahmen werden vom Justiz- und Polizeidepartement des Kantons St.Gallen uneingeschränkt unterstützt und erfolgen in täglicher, gut organisierter Zusammenarbeit mit der Kantonspolizei und dem Ausländeramt.
8. Der Stadtrat hat wiederholt zum Ausdruck gebracht, dass rechtswidriges Verhalten nicht toleriert und Drogenhandel nicht geduldet wird. Gegen die Drogenhändler, gleich welcher Nationalität oder Hautfarbe, wird hartnäckig und konsequent vorgegangen. Dazu bedarf es keines politischen Druckes.

Der Stadtpräsident:  
Christen

Im Namen des Stadtrates  
Der Stadtschreiber:  
Linke

Beilage:  
Interpellation Josef S. Ebnetter vom 23. April 2002

